

06.05.2025

Herrn
Kreistagsvorsitzenden
André Stolz
Heimbacher Str.7
65307 Bad Schwalbach

JA 6/15

Konkurrierender Antrag zu TOP III.9 Resolution: Der Kreistag schließt sich dem Entschließungsantrag des Bundestags zur dringend erforderlichen Migrationswende an

Sehr geehrter Herr Stolz,
die oben aufgeführten Fraktionen beantragen folgendes:

Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises spricht sich aufs Schärfste gegen die von Seiten der AfD-Fraktion versuchte Spaltung durch die Einbringung von Resolutionsanträgen zu bundespolitischen Themen, insbesondere im Bereich Migration, in die Kommunalparlamente aus. Die kommunale Ebene hat die Aufgabe die Belange und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu vertreten und die lokale Politik im Rahmen der geltenden Gesetze und Zuständigkeiten zu gestalten. Das kann in Einzelfällen und zu konkreten Anlässen auch bedeuten, Bedürfnisse und Interessen der Kommunen gegenüber anderen staatlichen Ebenen zu formulieren und zu vertreten. Sie ist jedoch nicht dazu da, als permanente Plattform für bundespolitische Forderungen oder als Instrument zur Einflussnahme auf die Landes- oder Bundesregierung zu dienen.

Der Kreistag sieht in solch permanent gestellten Anträgen eine Instrumentalisierung der kommunalen Gremien, die vor allem dazu genutzt werden, Probleme, Sorgen und Ängste der Bevölkerung auszunutzen, um Fremdenfeindlichkeit zu schüren und Verschwörungstheorien zu verbreiten. Dies steht im klaren Widerspruch zu den Grundsätzen eines respektvollen und sachlichen Umgangs sowie den Werten einer offenen und toleranten Gesellschaft.

Der Rheingau-Taunus-Kreis setzt sich für eine konstruktive und lösungsorientierte Diskussion im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger ein. Er lehnt jegliche Form der Spaltung ab und fordert, dass die kommunale Politik sich auf die konkreten Herausforderungen vor Ort konzentriert, anstatt bundespolitische Debatten für populistische Zwecke zu instrumentalisieren. Deshalb bekräftigt der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises seine Haltung, dass die kommunale Ebene keine Plattform für bundespolitische Agitation ist, sondern vielmehr für die lokale Gemeinschaft und deren konkrete Anliegen.

Begründung

Der hier von Seiten der AfD eingebrachte Antrag basiert im Wesentlichen auf einen CDU-Entschließungsantrag vom 28.01.2025, der im Bundestag mit Mehrheit beschlossen wurde. Es ist wichtig zu betonen, dass dieser bundespolitische Antrag dem Wortlaut des hier von Seiten der AfD eingebrachten Antrags gleicht und im Kontext des von CDU, CSU und SPD ausgehandelten Koalitionsvertrages steht.

Das Einbringen dieses Antrages in ein Kommunalparlament, um die darin vertretenen anderen Parteien, die hier vor Ort ordentlich und respektvoll miteinander für die Region, für unseren Rheingau-Taunus-Kreis, arbeiten, zu spalten, ist aus Sicht des Kreistages des Rheingau-Taunus-Kreises äußerst bedenklich. Es widerspricht den Gepflogenheiten eines respektvollen Miteinanders und der Zusammenarbeit in einer demokratischen Gesellschaft. Die kommunale Ebene sollte vielmehr dazu dienen, gemeinsam für die Region und die Bürgerinnen und Bürger Lösungen zu erarbeiten, anstatt bundespolitische Entscheidungen zu instrumentalisieren. Zudem missbraucht die AfD mit diesem Vorgehen ernstzunehmende Sorgen und Ängste der Menschen, um politisches Taktieren auf der kommunalen Ebene zu betreiben. Das ist nicht im Sinne einer konstruktiven und respektvollen Politik, sondern fördert Spaltung und Misstrauen.

Der im Antrag zitierte Entschließungsantrag wurde im Bundestag mehrheitlich unterstützt, was die demokratische Legitimation dieses Beschlusses unterstreicht. Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD haben in der Frage Migration klare und konkrete Antworten auf die zukünftige Gestaltung der Migrationspolitik gefunden. Und selbstverständlich gibt es bei den Fraktionen im Kreistag zu diesem Politikfeld unterschiedliche Haltungen. Es ist aber nicht Aufgabe des Kreistages, diese bundespolitischen Entscheidungen zu fordern, sondern vielmehr die neue Bundesregierung nun bei ihrer Arbeit zu begleiten und vor Ort im Rahmen der eigenen Zuständigkeit weiter für den bestmöglichen Umgang mit den Herausforderungen der Migrationsfrage zu sorgen. In diesem Sinne ist die Frage, ob der Kreistag eine Resolution verabschieden sollte, um die Bundesregierung zum Handeln aufzufordern, obsolet. Vorrang hat zunächst, dass die neue Regierung ihre Arbeit aufnimmt und die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen im Bereich Migration umsetzt. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises setzt auf eine sachliche, respektvolle Zusammenarbeit und auf eine Politik, die die Herausforderungen vor Ort gemeinsam und konstruktiv angeht.

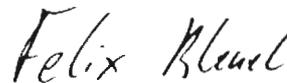
Joachim Reimann

Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion Rheingau-Taunus

Alexander Müller
Vorsitzender der FDP-Fraktion



Mathias Bremser
Vorsitzender der FW-Fraktion



Felix Bleuel
Vorsitzender der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen